

**Vorlage an den Landrat**

Vom 21. Dezember 2004

**Schriftliche Beantwortung der Interpellation von Margrit Blatter:
«Hyperaktive Kinder, ADHS. Abgabe von Ritalin und die Krankenkasse wird
zur Kasse gebeten» (2004/223)**

Am 9. September 2004 hat Landrätin Margrit Blatter eine Interpellation mit dem Titel «Hyperaktive Kinder, ADHS. Abgabe von Ritalin und die Krankenkasse wird zur Kasse gebeten» eingereicht. Der Vorstoss hat folgenden Wortlaut:

«Ich bin besorgt über die zunehmende Psychopharmaka-Abgabe an Kinder in der Schweiz. Es handelt sich vor allem um Ritalin, welches unter das Betäubungsmittelgesetz fällt. Im Jahr 1996 waren es 13 kg, im Jahr 2000 waren es bereits 108 kg - eine Steigerung um das 7-fache! Haben wir hier bald amerikanische Verhältnisse?»

Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Was sagt der Regierungsrat zur Empfehlung 1562 (2002) des Europarats, Parlamentarische Versammlung, betreffend diese Problematik?*
- 2. Sind sich diejenigen, welche die Verantwortung betreffend die Abgabe dieses Mittels haben, darüber im Klaren, dass es meist zu einer ausgeprägten psychischen Abhängigkeit von Ritalin kommt? Die Weltgesundheitsorganisation bezeichnet Ritalin als das weltweit am meisten abhängig machende Medikament.*
- 3. An wie viele Kinder (Mädchen, Knaben) wurde im Jahr 2003 im Baselbiet, aufgeteilt nach Bezirken, Ritalin abgegeben?*
- 4. Was sind die Gründe, weshalb heute vermehrt zu solch fragwürdigen Mitteln/Methoden gegriffen werden muss?*
- 5. Macht sich der Regierungsrat über Verbesserungsmöglichkeiten, anderweitige Lösungsansätze Gedanken?*
- 6. Wie hoch sind die jährlichen Kosten zu veranschlagen, die sich zu diesem Thema niederschlagen und was hat dies für finanzielle Auswirkungen auf die Krankenkassenprämien?»*

Antwort des Regierungsrates

Methylphenidat (Ritalin®) ist ein zu den Betäubungsmitteln zählendes Medikament. Es wirkt bei Erwachsenen zentral stimulierend, bei Kindern mit hyperkinetischen Verhaltensstörungen (Attention Deficit Hyperactivity Syndrome; ADHS) entfaltet es jedoch eine „paradoxe Wirkung“ und führt zu einer erhöhten Aufmerksamkeit, verbesserter Konzentration, reduzierter Aggression etc. Das Medikament birgt bei regelmässigem Konsum durch gesunde Erwachsene die Gefahr der Entwicklung einer Abhängigkeit in sich, nicht jedoch bei Kindern mit ADHS.

Der Landrat hat sich schon im Jahr 2001 fundiert mit der Thematik befasst. Die Petitionskommission verfasste einen Bericht zur Petition von Rolf Moll „Abgabe von Psychopharmaka an Kinder“ (Beilage), der im Landrat am 25. Oktober 2001 behandelt wurde. Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion hatte damals zu diesem Geschäft umfangreiche Abklärungen getroffen, deren Ergebnisse auch heute noch Gültigkeit besitzen.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Was sagt der Regierungsrat zur Empfehlung 1562 (2002) des Europarats, Parlamentarische Versammlung, betreffend diese Problematik?

In der genannten Empfehlung steht, dass sich die Kontroverse darum drehe *„whether it is justified to treat such cases with central nervous system stimulants, which some psychiatric studies have shown to be effective in reducing the symptoms of those diagnosed, allowing them to focus more on what they are doing and reducing their hyperactivity, but whose long-term effects are uncertain and which cannot effect a cure.“* (... ob es gerechtfertigt ist, solche Kinder mit zentralnervösen Stumulanzen zu behandeln, von denen man weiss, dass sie zwar die Symptome wirksam reduzieren und den Kindern erlauben, sich besser zu konzentrieren und ihre Hyperaktivität vermindern, deren Langzeit-Effekte aber ungewiss sind und keine Heilung bewirken.) In einer Gesellschaft wie der unseren, in der die schulische Bildung von hoher Bedeutung für das weitere Leben der Jugendlichen ist, wird der Entscheid einfach. Methylphenidat ermöglicht Kindern, die von ADHS betroffen sind, eine Regelschule zu besuchen, eine normale Ausbildung zu absolvieren und letztendlich einer geregelten Arbeitstätigkeit nachzugehen, die Ruhe, Aufmerksamkeit und Konzentration erfordert.

Der Regierungsrat möchte es nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang auch auf ein Protokoll des Ministerrates hinzuweisen (Committee of Ministers, 26 März 2003, 833stes Treffen der stellvertretenden Minister), das zu der Empfehlung ergänzende Aussagen macht. Unter anderem steht dort: *„The Committee of Ministers agrees with the Pompidou Group, that some of the points raised in the Recommendation are at variance with the views held by the vast majority of the scientific community and that they are dangerously close to certain well-known theories which the “Church of Scientology” has promoted for some time but which do not stand up to serious scientific scrutiny. The Pompidou Group states that these theories are not only without any scientific basis but, if acted upon, would pose serious health risks to the children in question by depriving them of appropriate treatment.“* (Das Komitee der Minister stimmt mit der Pompidou-Gruppe darin überein, dass einige Punkte der Empfehlung nicht mit den Ansichten der

überwiegenden Mehrheit der Wissenschaftler übereinstimmen und dass sie sich in gefährlicher Nähe zu einigen wohlbekannten Theorien befinden, welche die Scientology-Kirche für einige Zeit unterstützt hat, welche aber einer ernsthaften Überprüfung nicht standhalten. Die Pompidou-Gruppe hält fest, dass diese Theorien nicht nur jeder wissenschaftlichen Basis entbehren, sondern sogar, wenn sie als Handlungsgrundlage herangezogen würden, zu einer ernsthaften gesundheitlichen Gefährdung der betroffenen Kinder führen würden, indem ihnen eine angemessene Behandlung vorenthalten würde.)

2. Sind sich diejenigen, welche die Verantwortung betreffend die Abgabe dieses Mittels haben, darüber im Klaren, dass es meist zu einer ausgeprägten psychischen Abhängigkeit von Ritalin kommt? Die Weltgesundheitsorganisation bezeichnet Ritalin als das weltweit am meisten abhängig machende Medikament.

Die Gefahr der Abhängigkeit besteht bei Erwachsenen, die nicht von ADHS betroffen sind. Bei erkrankten Kindern scheint dies – wie bereits in der Antwort auf Frage 1 dargelegt – keine Gefahr darzustellen.

3. An wie viele Kinder (Mädchen, Knaben) wurde im Jahr 2003 im Baselbiet, aufgeteilt nach Bezirken, Ritalin abgegeben?

Aus dem erwähnten Bericht der Petitionskommission (Beilage) geht hervor, dass im Jahr 2000 in unserem Kanton ca. 200 Kinder mit Ritalin behandelt wurden. In Anbetracht des enormen Aufwandes hielt es die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion für nicht gerechtfertigt, für das Jahr 2003 nochmals eine als detaillierte Erhebung durchzuführen.

4. Was sind die Gründe, weshalb heute vermehrt zu solch fragwürdigen Mitteln/Methoden gegriffen werden muss?

ADHS stellt eine häufige Erscheinung bei Kindern und Jugendlichen, möglicherweise auch bei Erwachsenen dar. Die medikamentöse Unterstützung der Behandlung mit Methylphenidat ist immer noch relativ neu. Diese Behandlungsmethode hat in den vergangenen Jahren andere Verfahren abgelöst, beispielsweise die Gabe von Melleril®.

5. Macht sich der Regierungsrat über Verbesserungsmöglichkeiten, anderweitige Lösungsansätze Gedanken?

Die Regelung von medizinischen Verfahren ist nicht Gegenstand von kantonalen Verwaltungsentscheiden. Diesbezügliche Weisungen sind eher von medizinischen Fachgesellschaften, der Swissmedic oder zuständigen internationalen Gremien zu erwarten.

6. Wie hoch sind die jährlichen Kosten zu veranschlagen, die sich zu diesem Thema niederschlagen und was hat dies für finanzielle Auswirkungen auf die Krankenkassenprämien?“

Aus dem schon erwähnten Bericht der Petitionskommission (Beilage) ist ersichtlich, dass im Jahr 2000 rund 200 Kinder im Kanton Ritalin erhalten haben dürften. Dadurch dürften für unseren Kanton Medikamentenkosten in einer Grössenordnung von 10'000 bis 20'000 Franken im Jahr entstanden sein. Diese Summe – und damit auch die Auswirkung auf die Krankenkassenprämien – ist gering, wenn sie mit den restlichen Aufwändungen verglichen wird, welche die Betreuung von ADHS-Kindern nach sich zieht. Wie gross die Einsparungen bei anderen Behandlungsmassnahmen sind, lässt sich nicht abschätzen.

Liestal, 21. Dezember 2004

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident: Ballmer

der Landschreiber: Mundschin

Beilage: Bericht der landrätlichen Petitionskommission vom 19. September 2001 (2001/227)